

# Der grüne Kampf gegen das Auto

#### Liebe Leser.

das Auto ist eines der wichtigsten Hilfsmittel in unserem Alltag. Es bringt uns zu jeder Zeit überall dorthin, wo wir sein wollen oder müssen. Es transportiert die Einkäufe, bringt die Kinder zu ihren Veranstaltungen und die Familie in den Urlaub. Es ist eine Selbstverständlichkeit. Und es schafft Freiheit: Freiheit von der Unberechenbarkeit und Gefährlichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel, Freiheit von den Plänen anderer Menschen. Wer über ein Auto verfügt, kann über sein Leben verfügen.

Genau deshalb ist das Auto den Roten und Grünen ein Dorn im Auge. Sie mögen die Freiheitsrechte der Bürger nicht. Sie wollen mehr obrigkeitliche Verfügungsgewalt und setzen dafür an diversen Hebeln an. Das Verteuern und Schlechtreden des Autos ist einer der vielen Wege dorthin: Steuern und Abgaben erhöhen, Parken verteuern, Parkplätze vernichten, Straßen sperren, ein schlechtes Gewissen einreden.

Sie würden uns das Auto am liebsten ganz verbieten – lassen sich aber selbst jeden Meter Wegstrecke vom Chauffeur in der sündhaft teuren Edel-Karosse fahren.

Dass der Vorwand des Klimaschutzes erlogen ist, wissen wir inzwischen. Lassen wir uns nicht weiter anlügen. Verteidigen wir unser Auto und unsere Freiheit!

Es grüßt Sie herzlich Ihr

Rainer Balzer

Der alternative Blick Ausgabe 6

### Alles gegen das Parken

uf durchschnittlich dreißig Prozent schätzte der Citymarketingverein "Pro Heidelberg" allein für das erste Jahr der Corona-Zwangsmaßnahmen die damit verbundenen Umsatzverluste des stationären Handels in der Stadt, wobei es die Bekleidungs- und Schuhgeschäfte besonders hart traf. Weil viele zu Hause arbeiten (mussten), brauchte niemand neue Kleigung. Von diesem Schlag hat sich der Vor-Ort-Handel bis heute nicht erholt.

Doch statt dem Handel auf die Beine zu helfen, wird dem durch Internet und frühere Corona-Zwangsmaßnahmen schwer gebeutelten Einzelhandel das Leben noch zusätzlich erschwert, indem aus ideologischen Gründen den autofahrenden Kunden das Einkaufen in Heidelberg verleidet wird. Da wird ordentlich an der Gebührenschraube fürs Parken gedreht, da werden Parkplätze "umgewidmet" und so die Parkplatznot weiter verschärft, da wird eine Abschleppfirma beauftragt, damit auch schon bei kleineren Verstößen munter abgeschleppt werden kann. Auf dass der Einkaufsstandort Heidelberg "den Rest" bekomme!

Immer weiter fällt die Stadt am Neckar im Vergleich zu Mannheim im Einkaufsranking der IHK zurück. Trotzdem lässt sich die Front der Anti-Auto-Ideologen im Gemeinderat immer neue Druckmittel einfallen, um dem Individualverkehr den Garaus zu machen. Überlegungen beschäftigten sich mit der Sperrung der Altstadt für Transporter und der Belieferung der Altstadtgeschäfte mit dem Lastenfahrrad. Viel Spaß mit dem neuen Miele-Kühlschrank für das Fachgeschäft in der Hauptstraße, kann man da dem armen Fahrrad-Kuli nur wünschen.

Dass im einstigen Vorzeigestadtteil Bahnstadt Hunderte von Parkplätzen fehlen, weil man sie bewusst bei der Planung weggelassen hatte und die Menschen dort trotzdem individuell mit Motorkraft mobil sein wollen, kann nur denjenigen wundern, der Wunsch und Wirklichkeit verwechselt und tatsächlich glaubt, der Mensch sei kollektivistisch veranlagt und deshalb gern in (überfüllten) Bussen und Bahnen unterwegs - mit unerwünschten Sozialkontakten als kostenlose Zugabe. Von den immer mehr wie Pilze aus dem Boden schießenden "Messermännern" ganz zu schweigen.

Trotzdem soll genau derselbe Fehler auch in Patrick Henry Village, ehemals eine Wohnsiedlung der US-Armee, wiederholt werden. Der neu zu gestaltende Stadtteil auf Kirchheimer Gemarkung soll quasi "autofrei" werden - und das trotz der Lage mitten in den Feldern und zweihundert Meter vom Autobahnanschluss der A 5 entfernt! Man muss kein Prophet sein, um bereits jetzt zu wissen, dass auch dieser erneute Anlauf weltfremder Ideologen, den Bürgern das Automobil auszutreiben, genauso scheitern wird wie all die anderen Versuche zuvor.

Im harten Ringen um die individuelle mobile Freiheit gibt es im Gemeinderat mitunter aber auch schöne Erfolge zu verzeichnen. So scheiterte ein Antrag, die Anzahl der Parkplätze im neuen Konferenzzentrum nachträglich deutlich zu verringern, an den Nein-Stimmen der AfD. Und auch in Zukunft können sich die Bürger Heidelbergs darauf verlassen, dass wir uns in aller Deutlichkeit für die automobile Freiheit des Einzelnen einsetzen werden.

#### Der Wendegurkenkönig

N icht einmal ein Jahr brauchte Friedrich Merz, CDU, um von seiner Ablehnung des Habeck'schen Heizungs-Hammers zum glühenden Befürworter zu werden. 2023 versprach er, das grüne Heizungsgesetz zu stoppen. Im Juni diesen Jahres zeigte er dann sein wahres Gesicht: Die Union stünde voll und ganz hinter dieser Wärmewende. Es hätte sogar viel mehr Wärmepumpen in Deutschland geben müssen, 08/23 sprach Merz, mit der CDU wäre Wir würden das der Ausbau der Wärmepumpen Heizungsgesetz

heute schon viel weiter.

Im September 2023 erteilte er einer Koalition mit den Grünen eine Absage, um selbige ein knappes halbes Jahr später "nicht auszuschließen". Forderte die CDU - vor den EU-Wahlen - die Rettung des Verbrennermotors, so wird das Verbrennerverbot nun doch von Merz' Parteifreundin von der Leyen durch-

> gesetzt. Selbstverständlich hat sie die volle Rückendeckung von Merz. CDU = Wählertäuschung: Wer schwarz wählt, bekommt grün.



stoppen.

06/24

"Wir stehen voll und

ganz hinter dieser

Wärmewende.

wikimedia / CC-BY-SA 3.0 de.p



## Sozialistische Nahverkehrsabgabe

Die Nahverkehrsabgabe oder wie führe ich eine sozialistische Umorientierung vom Auto auf den ÖPNV durch! Natürlich mit gelenktem Druck und Zwang und auf gesetzlicher Grundlage des Bundestages und der Länderparlamente. Die Gemeinden und Städte in Baden-Württemberg dürfen und sollen von ihren Einwohnern und allen Autofahrern eine Nahverkehrsabgabe als Zwangssteuer erheben. Diese Mittel dienen dann der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs. Dies gilt für alle Städte und auch den ländlichen Raum.

Im Endeffekt ist dies die Entmündigung der Bürger. Alle Einwohner müssen etwas bezahlen, was sie nicht brauchen oder nicht möchten. Das kennen wir von der Servicegebühr, der Zwangsabgabe für den Rundfunk und das Fernsehen, die ehemalige GEZ.

Wir erleben jetzt einen Einstieg in den Sozialismus. Weg mit der sozialen Marktwirtschaft!

Der Individualverkehr ist ein Ausdruck der Freiheit des Menschen. Ich kann ein Auto kaufen wie es mir gefällt, ob Kleinwagen oder luxuriöse Limousine. Ich kann damit fahren, wann und wohin ich es möchte. Damit soll nach grün-sozialistischer Doktrin endlich Schluss sein. Alle fahren Bus oder Bahn und zwar dann, wenn der Fahr-

plan es vorsieht. Oder wenn die Regierung der Auffassung ist, dass Sie als Untertan jetzt tatsächlich irgendwo hinfahren dürfen. Wer das Buch "Die besten Weltuntergänge" von Andrea Paluch, der Frau von Habeck gelesen hat, der weiß, wie unsere Zukunft aussehen soll. Eine Welt, in der die Regierung jedem Bürger Reisen schenkt, also zuteilt auf Antrag. Die Freiheit, die freie Mobilität wird zu Grabe getragen.

Sicher werden einige Gemeinden in Baden-Württemberg diese Politik zügig umsetzen und die Nahverkehrsabgabe einführen. Über die Höhe dieser Abgabe haben wir noch nicht gesprochen. Werden es fünfzig Euro im Monat oder im Jahr sein?

Wir, die Alternative für Deutschland, sprechen für den mündigen Bürger, der frei sein Verkehrsmittels auswählt. Wir stehen zur sozialen Marktwirtschaft und dem Individualverkehr.

V.i.S.d.P.: Sven Geschinski Konrad-Adenauer-Str. 3 70130 Stuttgart, 0711 2063 5612 rainer.balzer@afd.landtag-bw.de



